

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1288

Organ für das **werttätige Volk**

Verlagsort: Sehr. Anstalt, Dresden  
und Sachse Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frachtgeld mit den wöchentlichen Beilagen  
"Nach der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibweise: Weltanschauung 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Weltanschauung 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 29 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 Pf., für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietsgesuche  
40 Pf. Rabatt. Für Briefverbreitung 10 Pf.

Nr. 40

Dresden, Mittwoch den 17. Februar 1926

37. Jahrg.

## Das Volksbegehren

Einzeichnung in die Listen vom 4. bis 17. März

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung des Reichsministers des Innern, in der die Eintragungsfrist für das von der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei beantragte Volksbegehren, Einzeichnung der Fürstenerwerbungen, auf die Zeit vom 4. März bis einschließlich 17. März 1926 festgesetzt wird.

### Die Reichsregierung für die Fürsten

Amtlich wird dazu mitgeteilt: Die Reichsregierung hat die gesetzlich vorgeschriebene Zulassung des von der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei beantragten Volksbegehrens auf Einbringung eines Gesetzes über die Einzeichnung der Fürstenerwerbungen beschlossen, nachdem festgestellt war, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung erfüllt sind. Mit dieser Zulassung hat die Reichsregierung lediglich den gesetzlichen Vorschriften über die Behandlung solcher Anträge entsprochen; den Inhalt des Gesetzesentwurfs, der eine völlig entschädigungslose Enteignung vorsieht, macht sie sich in keiner Weise zu eigen. Sie arbeitet vielmehr darauf hin, daß die gegenwärtig im Reichstag geführten Verhandlungen über eine angemessene Regelung der Auseinandersetzungsfrage bald zu einem gesetzlichen Abschluß gelangen und daß dann der weitergehende, mit dem Volksbegehren verfolgte Antrag, wenn er nicht zurückgezogen wird, abgelehnt wird.

Heil dir im Siegerkranz!

So hat die Reichsregierung denn den Termin für die Einzeichnung zum Volksbegehren für 4. bis 17. März angesetzt. Das Kabinett hat damit einer gesetzlichen Vorschrift genügt, die ihm selbst bitter unangenehm und vor allen Dingen schwer geworden ist. In einem offiziellen Kommentar wird deshalb zur Beruhigung der Fürstentumskreise versichert, daß sich unsere Reichsminister um das Gelingen der Einzeichnung zu eigen machen, sondern nur einer gesetzlichen Pflicht genügt haben. Die angestammten Herrscherhäuser sollen und dürfen eben nach der Meinung der Herren Luther und Straßmann mit den Hunderttausenden von Volksgenossen, die ihr Vermögen einbüßten und heute hungern, nicht über einen Stamm gehören werden. Die Regierung wünscht vielmehr, eine „angemessene Regelung“ der unverdäunten Forderungen, von der wir belehrt werden, daß sie noch dem Grundtag der „Billigkeit“ durch Verursacher erfolgen soll, und wenn dazu durch das Parlament die gesetzliche Basis geschaffen ist, will das Kabinett dahin arbeiten, daß der weitergehende mit dem Volksbegehren verfolgte Antrag, wenn er nicht zurückgezogen wird, abgelehnt wird.

Die Regierung lebt also immer noch in der Hoffnung, daß der Verzicht auf den beantragten Volksentscheid vorläufig noch nicht ganz ausgeschlossen ist. Formell ist die Zurück-

ziehung des beantragten Volksentscheids bis zum 17. März, d. h. bis zu dem Endtermin der Eintragungsfrist für das Volksbegehren, möglich, aber praktisch ist es undenkbar, daß von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden kann. Die Forderung nach entschädigungsloser Enteignung ist von der Sozialdemokratie erhoben worden, um sie unter Auswendung aller Mittel und Kräfte durchzusetzen und nicht, um auf sie zu verzichten, wenn Herr Luther das eines schönen Tages aus irgendwelchen Gründen für angebracht hält. Die Regierung wird sich deshalb, ob sie will oder nicht, damit abfinden müssen, daß dem Volksbegehren, dessen Ausgang nicht zweifelhaft ist, der Volksentscheid folgen wird. Auch die halbamtliche Drohung, für die Ablehnung des Volksentscheids auf entschädigungslose Enteignung Sorge tragen zu helfen und den Fürsten gewissermaßen Beistand zu leisten, kann die Sozialdemokratie nicht hindern, auf dem einmal beschrittenen und als richtig erkannten Wege fortzufahren. In dieser Hinsicht bedarf der offiziöse Kommentar übrigens noch einer näheren Erläuterung. Hat die Regierung vielleicht die Absicht, gar den amtlichen Apparat gegen den Volksentscheid in Bewegung zu setzen, oder gedenkt sie amtliche Gelder zum Kampf gegen die Forderung auf entschädigungslose Enteignung zur Verfügung zu stellen? Auf diese Frage bedarf es einer klaren Antwort! Es gibt zweifellos Kreise, die auf eine amtliche Sabotage des Volksentscheids hinarbeiten, obwohl die Volksabstimmung nach Erledigung des Volksbegehrens nicht mehr eine Angelegenheit der Parteien, sondern des Reiches ist.

Es deutet jedenfalls alles darauf hin, daß die Partei in den kommenden Wochen einen schweren Kampf auszufechten hat, indem von der gegnerischen Seite alle Kräfte ins Spiel geführt werden dürften. Die Parteiorganisationen im Lande müssen deshalb jetzt schon mit aller Entschiedenheit an die Vorbereitung der großen Auseinandersetzung gehen. Erste Voraussetzung für einen erfolgreichen Ausgang ist die Erledigung der formalen Verpflichtungen für die Durchführung des Volksbegehrens. Alle Gemeinden müssen mit Einzeichnungslisten versehen werden, deren Auslegung in der Zeit vom 4. bis 17. März besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist. Die Gemeindebehörden sind verpflichtet, diese Listen auszuliegen und den Gemeindegliedern davon Kenntnis zu geben. Was das nicht geschieht, müssen sich die Parteigenossen sofort an die zuständigen Parteiorganisationen wenden, damit von dort aus Abhilfe geschaffen und der schuldige Amtsdirektor zur Verantwortung gezogen werden kann.

Jetzt also an die Arbeit! Das Ziel des Volksbegehrens muß sein, weit mehr als die zur Einleitung des Volksentscheides erforderlichen vier Millionen Stimmen zu sammeln. Von Haus zu Haus muß für Auffklärung gefordert werden. Es darf keine Hütte, keine Straße, keine Gemeinde geben, in der die unverdäunten Forderungen der ehemaligen Herrscherhäuser unbekannt sind und den fürstlichen Blänen so aus Unkenntnis Vorschub geleistet wird. Gelingt die Agitation in diesem großzügigen Maße, dann ist der Ausgang des Volksentscheids nicht zweifelhaft.

## Die Fürsten

Die Goldschreiber der deutschen Höfe haben in ihren staats- und fürstenrechtlichen Erpfunden die Vergangenheit bis ins tiefste Mittelalter hinein aufgerissen, um den Grundstock der Fürstenerwerbungen vor dem Zugriff des Volkes zu retten. Auf den römischen Staatsrechtslehrer Papinian hat man sich berufen, auf die „Goldene Bulle“ von 1356, die „Dispositio Aquisgranensis“ von 1473, und den „Gerätschen Hausvertrag“ von 1599 hat man aus der Mottenkiste der Fürstenerwerbungen hervorgeholt, um an die Stelle des für die Revolution geschaffenen neuen Staatsrechts ein „Fürstenerblich“ zu setzen, das, im Lichte der Geschichte betrachtet, nichts anderes bedeutet wie Annahmung und Raub.

Der „absolute Fürst“ ist in Deutschland durch den revolutionären Eingriff der Fürstentumskreise in das Gemeinwesen der Bayern, der Reichsritter und der Reichsstädte entstanden und durch die Umwandlung des grundherrlichen Schutzherrn in den Despoten mit uneingeschränkter Gewalt. Im 15. Jahrhundert wurden in der deutschen Völkerei die Kräfte allgemein, daß Wald und Wiesen von den Fürsten eingezogen und enteignet wurden. Überall kamte in der Seele des Landvolks die Empörung auf, und als die „Bauernrebellion“ in den Schlachten bei Königshofen und Fronhausen verblutet war, richtete der Landesfürst seine Herrschaft auf den Massenräubern der erlöschenden Bayern auf. Den schwersten und vernichtendsten Schlag gegen die mittelalterliche Staats- und Gesellschaftsordnung führte der Landesfürst jedoch in geschickter Benutzung der Reformation durch die Einziehung der Kirchengüter. Die „evangelischen“ Landesfürsten eigneten sich in größtem Umfang Kirchenland an, setzten sich selbst zu obersten Bischöfen der Landesstraßen an, bauten auf dem ehemals katholischen Kirchenvermögen das „Domänium“, den Grundstock der grundherrlichen Fürstentümer, auf. Die Kirchenpaltung verstärkte weiter die staatsrechtlichen Gegensätze zwischen den deutschen Souveränen, und zwar sehr zum Schaden der Untertanen; denn die Religionskriege und Machtkämpfe des 16. Jahrhunderts brachten die Lehensritter den wirtschaftlichen Abstieg Deutschlands und lockerten den staatsrechtlichen Zusammenhalt des Reiches. An Stelle der überkommenen Verfassung des „heiligen römischen Reiches deutscher Nation“ machte sich jeder Landesfürst nach der Lehre Machiavellis sein eigenes Recht.

Ein Musterstaat der machiavellistischen militaristischen Staatstheorie wurde Brandenburg-Preußen. Ueber die Widerstände des Adels und der Landbesitzer-Regimenter der damaligen Zeiten hinweg baute Friedrich Wilhelm I. auf dem Fundament seiner 80 000 Soldaten den absolutistischen preussischen Staat. Sobald sich irgendwo Widerstand zeigte, wie z. B. in den rheinischen Enklaven Jülich, Cleve und Berg, „belegte der König die Güter der widerspenstigen Stände mit schwerer Soldateska, ließ diese à discretion — willkürlich — in den Quartieren hausen, bedrohte die fräntigsten Gegner mit Konfiskation ihrer Lehen, mit Leibes- und Lebensstrafen und erzwang dann auf dem Landtage von 1672 den neuen „Resch“ (Landtagsabschied). Gegen diesen Landtagsabschied, der mit wenigen Worten den Staat zum Eigentum des Fürsten machte, erhoben zwar die Stände Einspruch, so lange und so gut sie konnten. Der König von Preußen oder warf ihre Abgesandten kurzerhand hinaus. In den „Instruktionen an das Generaldirektorium“ brachte er folgende Grundzüge zum Ausdruck: „Die Kriegskasse gehört niemand anders als dem König von Preußen, die Domänenkasse ihmgleichen; wir hoffen auch, daß wir allein dertelbige sind und keinen Vormund oder Koadjutor (Beihelfer) nötig haben“. Auf diesem durch das Geld des Fürsten entlohnten Heer und auf dem geldentlohten Beamtentum bauten nun die Nachfolger Friedrich Wilhelm I., Friedrich II. und Friedrich Wilhelm II., den absolutistischen Staat weiter aus. Während sich Friedrich Wilhelm I. mit einer Armee von 80 000 Mann begnügt hatte, steigerte Friedrich der Große die Wehrmacht auf 195 000 Mann. Von den 23 Millionen der gesamten Staatseinkünften verschlangen die Militärausgaben allein 12 bis 13 Millionen Taler. Der Staat wirtschaftete im wesentlichen nur, um seine Armee, das Spielzeug seiner Könige, zu erhalten.

Dieses Herrschaftsinstrument des absoluten Landesfürsten atmete den Geist ihres mit Geld und roher Gewalt zur Macht gekommenen Herrn. Die Soldaten wurden verschuldet, in Solzisten verpackt, von einer Grenze zur andern geschoben, und nicht umsonst wird die Zeit des „Zerfalls“ als die düsterste Episode der deutschen Fürstengeschichte bezeichnet. Von 1713 bis 1735 wanderten allein 12 Millionen Taler aus der preussischen Staatskasse ins Ausland. Im Jahre 1731 wählte der König bei einer Wucherung 145 000 Taler für 60 Mann. Vor allem in Livland und Siebenbürgen blühte der Menschenhandel auf. Neben den eigentlichen Militärstaaten wetteiferten die mitteldeutschen Kleinstaaten im Export des „Menschenmaterials“. Wenn Erlös in die fürstlichen Kassen floß, so verkaufte der Herzog von Braunschweig anlässlich des nordamerikanischen Freiheitskrieges an England 7000 Mann, der Landgraf von Hessen-Kassel 16 000 Mann, der Fürst von Danau 3000 Mann, der Markgraf von Ansbach 1600 Mann, der Fürst von Wolfes 1200 Mann und der Fürst von Anhalt 1100 Mann. Die englischen Kommissäre kamen schließlich auf den großen Menschenmarkt in Kassel und besichtigten die erkauften Menschen wie die Sklavenhalter die Negerkiste in Afrika.

Die französische Revolution, die lebendige Menschen und „Bürger“ gegen die geduldeten Regimenter des preussischen Königs und des Kaisers von Oesterreich zum Angriff führte, wurde bald mit dem mottenfrägen Plunder des absoluten

## Verhöhnung der Erwerbslosen

Die Regierung vertweigert Unterstützungserhöhung

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben: Im Sozialen Ausschuss des Reichstages erschienen zur Dienstagssitzung sowohl der Reichsarbeitsminister als auch der Reichsfinanzminister persönlich, um den Beschluß des Kabinetts zu vertreten und den Ausschuss von weitergehenden Beschlüssen abzuhalten. Sie teilten mit, daß die Beschlüsse des Ausschusses zur Kurzarbeiterunterstützung bei der geplanten Verordnung berichtigt werden sollen. Dagegen glaubte das Kabinett einer weiteren Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung nicht zustimmen zu können, die Regierung wolle lediglich für die alleinlebenden ledigen Erwerbslosen einer zehnprozentigen Erhöhung zustimmen, lehne aber jede Erhöhung für die übrigen Hauptunterstützungsempfänger, die Zuschlagsempfänger und für die Höchstbeträge ab. Zu der folgenden mehrstündigen heftigen Auseinandersetzung wandten sich auch Zentrum und Demokraten gegen die Regierungsvorschläge, die einer Verhöhnung der Erwerbslosen gleichkämen. Der Regierungstandpunkt lehnte die Zustimmung der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen.

In der Abstimmung wurde nach Ablehnung der kommunistischen und der sozialdemokratischen Anträge beschlossen, die Höhe für die Hauptunterstützungsempfänger allgemein um 10 Prozent, für die alleinlebenden Ledigen um 20 Prozent zu erhöhen. Die Höchstbeträge sollen in allen Fällen um 10 Prozent gesteigert werden. Der sozialdemokratische Antrag, den Erwerbslosen die Unterstützung

für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit zu gewähren, wurde erneut abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag auf Gewährung einmaliger Beihilfe an die Ausgeworfenen wurde zurückgestellt, nachdem der

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold in Aussicht gestellt hatte, die Bereitstellung weiterer Mittel für einmögliche Beihilfen im Kabinett nochmals „zu prüfen“.

### Beschummelung der Kurzarbeiter

In letzter Zeit ist wiederholt Beschwerde darüber geführt worden, daß der Lohnsteuerabzug der Kurzarbeiter nicht richtig gehandhabt wird. Viele Unternehmer rechnen den Kurzarbeitern nicht die vollen Wochenentlohnungen an, sondern berücksichtigen nur die Ermäßigungen, die auf die tatsächliche Beschäftigungsdauer entfallen. Arbeitet also z. B. ein Arbeiter nur Montags, Mittwochs und Freitags, so werden ihm auch nur die Ermäßigungen für drei Tage gutgeschrieben. Auch manche Finanzämter teilen diesen Standpunkt.

Eine solche Berechnung ist, wie der Reichsfinanzminister in einem Erlass erneut feststellt, falsch. Auch im Falle der Kurzarbeit sind vielmehr ohne Rücksicht darauf, wieviel Tage der Arbeiter tatsächlich beschäftigt ist,

### Die vollen Wochenentlohnungen freizulassen

Das gilt sowohl vom wöchentlichen steuerfreien Lohnbetrag von 24 M., wie von den Familienentlohnungen, die für die Ehefrau 240 M., für das erste Kind 240 M., für das zweite Kind 180 M. usw. wöchentlich betragen. Auf diese Weise werden die meisten Kurzarbeiter tatsächlich steuerfrei, während sie bei den vollen Wochenentlohnungen Steuern zu zahlen haben. In diesem Falle haben sie einen Anspruch auf Erstattung der zu viel gezahlten Lohnsteuer und können einen dahin gehenden Antrag an das Finanzamt stellen. Da die Unternehmer den Arbeitern die für einen solchen Erstattungsantrag nötigen Bescheinigungen ausstellen müssen, so haben sie selbst ein Interesse daran, die Zahl der Erstattungsanträge nicht durch falsche Steuerberechnung bei Kurzarbeitern zu vermindern. Die gleichen Bestimmungen wie für Kurzarbeiter gelten auch dann, wenn ein Arbeiter durch Krankheit oder sonst ohne sein Verschulden an einigen Tagen der Woche keinen Lohn bezogen hat und der demselben Unternehmer beschäftigt blieb.

stischen Deutschlands fertig; hundert Jahre darauf sollte auch das Schicksal der deutschen Vorkriegsarmee sein.

Internationale Arbeitszeitkonferenz

Die Konferenz zur internationalen Vereinbarung über die Frage der Arbeitszeit wird am 15. März in London stattfinden.

Nach ist die Konferenz in London nicht zusammengetreten, da die deutsche Reichsregierung ihre Sache gegen die internationale Regelung der Arbeitszeit in London einen Kampf um den Preis lassen wollte.

Briands Finanzfiasko

P. Paris, 16. Februar. (Eig. Draht.) Die Finanzdebatte der französischen Kammer, die nach fast vierwöchiger Dauer am Dienstag morgen zu Ende gegangen ist, hat mit einem beispiellosen Fiasko des Kapitäns Briand und vor allem seines Finanzministers Dornier geendet.

Es wäre ein Staatsstreich Briands

P. Paris, 17. Februar. (Eig. Draht.) Die Ansicht Briands, von dem Senat die von der Kammer abgelehnten Finanzmaßnahmen wieder aufzuheben zu lassen und dann, schärfstens ohne Verfassungsbrechung, die Kammer zu schließen, ist ein Staatsstreich Briands.

Der Oppositionsführer überfallen

Die Bethlen-Regierung ist die Schande Ungarns

N. Budapest, 16. Februar. (Eig. Draht.) Der demokratische Abgeordnete Dr. Szász wurde am Mittwoch mittig um 11 1/2 Uhr, als er sich von seiner Rechtsanwaltskanzlei mit einem Auto in das Parlament bewegen wollte, von zwei jungen Leuten überfallen.

mit dem Tode. Bei der Polizei redeten sich beide dahin herum, daß sie

aus patriotischen Motiven

gehandelt hätten. Den Zeugen des Überfalls dröhren sie nach der Gegenwehr von Polizeibeamten wegen ihrer Aussagen mit einer sofortigen Abrechnung.

Rußlands Spiel gegen die Abrüstung

T. Genf, 16. Februar. (Eig. Draht.) Die durch die Sowjet-Agentur beauftragte Antwort Rußlands zur Einladung für die vorbereitende Abrüstungskonferenz ist hier noch nicht eingetroffen.

Belagerungszustand in Rumänien

Unterdrückung der Opposition bei den Gemeindevätern Bukarest, 16. Februar. Anlässlich der Gemeindeväterschaften am 15. und 16. Februar in Bukarest wurden die Kandidaten der Regierung und der Opposition.

Die Best der Landesverratsprozesse

Sozialdemokratische Kritik der politischen Justiz im Reichstage

162. Sitzung, Dienstag, 16. Februar

In der Diensttagssitzung des Reichstags wurde die zweite Beratung des Haushalts für das Reichsjustizministerium beendet. Angenommen wurde eine sozialdemokratische Entschließung, die von der Reichsjustizverwaltung mit sofortiger Wirkung den Weg von weitaus größeren Kostenmengen als bisher aus dem volkswirtschaftlichen Bereich entfernt werden soll.

Haushalt des Reichsjustizministeriums

Abg. Koch (Komm.) berichtet über die Verhandlungen des Haushalts, der den Antrag stellt, die Kosten für den Staatsgerichtshof zu streichen.

Abg. Lebi (Soz.):

In anderen Ländern, besonders in den Weststaaten, sind solche Justizbehörden, wie wir sie hier seit Jahren führen müssen, unmöglich. Was wir an den bürgerlichen Gerichten zu kritisieren haben, das sind die traurigen Überbleibsel einer kulturlosen Vergangenheit.

In der Strafrechtspflege verlangen wir drei Reformen. Zuerst haben wir Beschwerde zu erheben gegen das Verfahren bei der Durchführung der Untersuchungsphase. Seit sieben Jahren führen wir darüber Klagen. Wir hoffen, daß der gegenwärtige Justizminister die Erfahrungen aus dem Jahre 1919 zur Veranlassung nehmen wird, um eine Reform der Untersuchungsphase vorzunehmen.

Er ist teils aus Dummheit, teils aus Gewissenlosigkeit zu Tode gemartert worden.

Der zweite Sammelplatz unserer Beschwerden richtet sich gegen das System der Einzelrichter. Arbeitsverhältnisse bei der Justiz sind gewiß erwünscht, aber Heber eine langsame und gute Justiz als eine schnelle, aber schlechte Justiz.

Ein entgegenstehender Strafbefehl verhängt deswegen über ihn drei Monate Gefängnis, ohne Verhör, ohne Verfahren, ohne Verteidigung.

(Hört, Weill) Ein zweiter Fall: Ein Soldat in Potsdam soll sich bei einer Übung nicht vorordentlich benommen haben. Der Mann erhält ohne jede Verhandlung zwei Monate Gefängnis wegen Ungehorsams im Dienst.

gang für gewöhnlich erfolgt, weil die Opposition die Kritik übernimmt.

Bei den Studentenunruhen in Göttingen wurden 24 Offiziere, 24 Soldaten und 4 Studenten verurteilt. 34 Studenten wurden verhaftet.

Kleine politische Nachrichten

Der deutschnationale Kronzeuge

D. Berlin, 17. Februar. (Eig. Draht.) Am Dienstag sollte sich vor dem Berliner Schöffengericht Wille in Deutschland nationaler Kronzeuge aus dem Magdeburger Landwehrregiment, und zwar der Leutnant Paul Robert wegen Verleumdung verantworten.

Sturm in Prag

Prag, 16. Februar. Im Parlament beantwortete Außenminister Beneš Interpellationen über die ungarischen Frontfälle, die auch tschechisches Blut machten. Dabei kam es zu Sturmjahren. Die kommunistischen Abgeordneten forderten die Anerkennung der Tschechoslowakei.

Das Ringen um die Ratsfrage

T. Genf, 17. Februar. (Eig. Draht.) Von unterirdischer Seite verlautet, daß die in aller Stille geführten Verhandlungen über die Völkerbundratsfrage mit dem Ziel geführt werden, Spanien einen festen Sitz zu gewinnen, während Polen als unabhängiges Mitglied des Rats in Frage kommen soll.

Amerikanische Rüstungen

U. Washington, 17. Februar. (Eig. Draht.) Der amerikanische Senat hat am Dienstag das Marinebudget in der Höhe von 321 Millionen Dollar angenommen. Davon wurden 7 Millionen Dollar für die Marineflottilla bewilligt.

57 Mark gestohlen und kamen deswegen vor den Einzelrichter. Der eine Arbeiter war beim Militär im Jahre 1918 bereits mit zwei Jahren Zuchthaus wegen Diebstahls bestraft worden.

„daß solche unlautere Elemente, die eine politische Rolle zu spielen suchen, sich als Vertrauensmann der Dominiararbeiterschaft ausgeben, bei den heutigen politischen Verhältnissen solange wie möglich an dem politischen Leben nicht teilnehmen dürfen.“

„daß solche unlauteren Elemente, die eine politische Rolle zu spielen suchen, sich als Vertrauensmann der Dominiararbeiterschaft ausgeben, bei den heutigen politischen Verhältnissen solange wie möglich an dem politischen Leben nicht teilnehmen dürfen.“

eine Division am lebenden Körper des Volkes

(Sehr richtig! bei den Soz.) Abgeordneter Sell bittet den Reichstag, seine Ausdrucksweise zu mildern.

Die Landesverratsprozesse. Aus früheren Zeiten besteht noch ein Aberglaube vor dem Volk des Landesverrats.

940 Jahre Zuchthaus verhängt worden sind. (Hört, Hört!) Was es mit solchen Zuchthausstrafen auf sich hat, wissen wir aus dem Falle W andl.

Verhängt worden sind. (Hört, Hört!) Was es mit solchen Zuchthausstrafen auf sich hat, wissen wir aus dem Falle W andl. Mit der inzwischen erfolgten Vergnügung ist dieser Fall nicht erledigt.

den. Aber jetzt schon muß darauf hingewiesen werden, daß zwei Regierungen im Reich und in Preußen erklärt haben, sie müßten die öffentliche Verhandlung...

eine Strafe von 12 Jahren Zuchthaus zubüßiert. Und der Mann sitzt!

Die Verurteilung der Landarbeiter durch den Zentralverband der Landarbeiter durch Vermittlung des gelben „Zentralverbandes der Landarbeiter“ — Der Zentralverband beschäftigte Fememörder — Die Rolle der deutschnationalen Abgeordneten Behrens und Meier

Deutschnationale Fäden zur Feme

Die Unternehmerrgelder für die Fememörder durch Vermittlung des gelben „Zentralverbandes der Landarbeiter“ — Der Zentralverband beschäftigte Fememörder — Die Rolle der deutschnationalen Abgeordneten Behrens und Meier

Aus dem Preussischen Landtage wird uns berichtet: Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags zur Klärung der Beziehungen zwischen deutschnationalen Abgeordneten und Fememördern hat am Dienstag unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Gabel seine Arbeiten begonnen.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände dem Zentralverband der Landarbeiter ein Darlehen in Höhe von 5000 Mark gegeben habe, und zwar zur Verwendung zugunsten des Oberleitnants Schulz, der der Beteiligung an verurteilten Fememördern verdächtig in Untersuchungshaft sitzt.

Die Verurteilung der Landarbeiter durch den Zentralverband der Landarbeiter durch Vermittlung des gelben „Zentralverbandes der Landarbeiter“ — Der Zentralverband beschäftigte Fememörder — Die Rolle der deutschnationalen Abgeordneten Behrens und Meier

Der gräßliche Begünstiger der Fememörder Berlin, 16. Februar. Gegen den Grafen zu Solms-Wildenfels auf Barchin, den Schwager des Grafen Lynar, ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, weil er durch Gewährung von Unterkunft an den Fememörder Umbot im Forthaus Gdche im Spreewald unter dem Verdacht der Begünstigung der Fememörder steht.

Die Gewerkschaften beim Reichswirtschaftsminister Von gewerkschaftlicher Seite wird uns u. a. folgendes mitgeteilt: Der Reichswirtschaftsminister empfing am Dienstag in Gegenwart des Reichsarbeitsministers die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenverbände, um sie über eine Reihe von Maßnahmen, die vom Reichswirtschaftsministerium zur Bekämpfung der deutschen Wirtschaft

den. Aber jetzt schon muß darauf hingewiesen werden, daß zwei Regierungen im Reich und in Preußen erklärt haben, sie müßten die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

in Aussicht genommen sind, zu unterrichten. Er erstreckte in erster Linie den Plan einer Erwerbsförderung, weiter gewisse Maßnahmen zur Förderung des Kleinhandels und die in Aussicht genommene veränderte Waffenzulassung durch die Reichsbahn.

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

die öffentlichen Verhandlungen...

Leben • Wissen • Kunst

Der Hervorruf des Schauspielers

Die Frankfurter Zeitung schreibt Prof. O. Brandt: Nach einer erschütternden, mit dem Tode der Trägerin der Hauptrolle schließenden Szene machte eine sehr empfindende Dame...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

Der gräßliche Begünstiger der Fememörder

Berlin, 16. Februar. Gegen den Grafen zu Solms-Wildenfels auf Barchin, den Schwager des Grafen Lynar, ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, weil er durch Gewährung von Unterkunft an den Fememörder Umbot im Forthaus Gdche im Spreewald unter dem Verdacht der Begünstigung der Fememörder steht.

Die Gewerkschaften beim Reichswirtschaftsminister

Von gewerkschaftlicher Seite wird uns u. a. folgendes mitgeteilt: Der Reichswirtschaftsminister empfing am Dienstag in Gegenwart des Reichsarbeitsministers die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenverbände, um sie über eine Reihe von Maßnahmen, die vom Reichswirtschaftsministerium zur Bekämpfung der deutschen Wirtschaft

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...

Amthliche Berliner Produkten-Notierungen

am 16. Februar Weizen, märz. 246—249 (245—248), Roggen, märz. 144—149 (144—149), Gerstl. Sommer, 106—109 (106—109), Gerstl. Winter, 138—141 (138—141), Hafer, märz. 155—166 (155—166), Weizenmehl 32,25—32,50 (32,00—32,25), Roggenmehl 21,75—22,75 (21,75—22,75), Weizen-Erbsen 26,00—28,50 (26,00—28,00). Die Ziffern in Klammern bedeuten Vortag.

Der Don-Kofalen-Chor unter Leitung seines Dirigenten

E. Karoff, schiffet sich am 10. März für eine australische Tournee ein. Nach Rückkehr aus Australien geht der Chor nach England. Es ist der Konzertdirektion R. Ries gelungen, den Don-Kofalen-Chor nach hier zu veranlassen, welche Sonntag den 28. Februar und Montag den 1. März, abends 8 Uhr, im Vereinshaus stattfinden. Der Kartenverkauf dazu beginnt am Montag vormittag bei R. Ries, Seestraße 21.

Kleine Mitteilungen

Der Kolonial- und Abenteuer-Schriftsteller Arthur Hebe, dessen Beiträge für unser Unterhaltungsblatt unsern Lesern wohl noch in Erinnerung sind, ist auf einer Expedition, die er als erster Deutscher nach Oeffnung der Grenzen in den letzten Monaten durch Deutsch-Ostafrika unternommen hat, schwer verunglückt. Beim Raubüberfall wurde er verwundet und in einer Halle gefangener Löwe durch Wunde, die eine schwere Blutergussung zur Folge hatten und ihn zwingen, seine Expedition abzubrechen.

Dresdner Kalender

Opernhaus: Anrechtreihe A: Siegfried (6). — Schauspielhaus: Außer Acht: Der Geizige, Der eingebildete Kranke (7 1/2). Volksbühne Nr. 2705 bis 2708. — Theater: Moral (7 1/2). Volksbühne Nr. 6821 bis 6824. — Centraltheater: Gastspiel der Jean Gilbert-Tournee: Nida (8). — Konec Theater (Ostra-Allee): Das Kaffeehaus (7 1/2). Volksbühne Nr. 5005 bis 5255. — Residenztheater: Der Orlow (7 1/2). — Theater am Waplag: Mein Vater Eduard (8).

Schauspielhaus, Anstalt Erfindung Friedrich Lindners

wird der angekündigte Spielplan abgeändert werden. Am Freitag wird „Maria Stuart“ statt „Verdacht und Marianna“, am Sonnabend „Der mutige Seefahrer“ (statt „Innocenz und Maximilian“) gegeben.

Die beiden Molliere Lustspiele, die am Donnerstag, den 18. Februar in neuer Einstudierung gegeben werden, sind folgende: „Der eingebildete Kranke“ und „Tartuffe“.

die öffentliche Verhandlung...

die öffentliche Verhandlung...





Dresdner Chronik

Preisfrage

I. Eines der tiefsten und geheimnisvollsten Probleme aller Zeiten liegt für mich in der Frage eingeschlossen: Warum sind unter drei Posthaltern mindestens immer zwei außer Betrieb? Ich habe diese Frage weissen Männern vorgelegt und gewichtigsten, abnungsvollen und feunntnreichen, Keiner konnte sie beantworten. Mander ist köstlich darüber geworden. Doch das Rätsel blieb ungelöst. Ich stelle es hiermit zur öffentlichen Diskussion.

Als die Postämter eingerichtet wurden, vor fünf, zehn, fünfzehn, zwanzig Jahren meinetwegen, gab es eine bürokratische Verwaltung. Die gibt es, unstrittig, auch heute noch. Wenn nun im Jahre 1910, eine bürokratische Verwaltung die Anlage von Logen für drei Posthaltern in einem Postamt für notwendig erachtet hat, so ist der bündige Schluss gestattet, daß in Wirklichkeit die Anlage von sechs Schaltern erforderlich gewesen wäre. Warum, frage ich, ist die Nachfolgerin dieser bürokratischen Verwaltung noch so viel engherziger als ihre doch keineswegs an Vergrößerung entschlossene Vorgängerin? Ist der Verkehr etwa kleiner geworden? Haben sich die Bedürfnisse zurückgebildet? Wird weniger geschrieben, gedruckt, gepostet als damals, wo man uns gnädig drei Schalter gewährt wollte? Die Postämter, die sich vor dem einen einzigen, wirklich noch disponibel gebliebenen Aufseher entwickeln, lösen eher die gegenteilige Vermutung auf. Und wie hübsch es ist, wenn du als Schalter in der Reihe stehst, und ein freundlicher Herr in der Abfertigung beruht ist, dessen Gesichtslinie ihm gestattet, amantig Postanweisungen über insgesamt 1743 Mark und 67 Pfennige aufzugeben, die er in gebündelten Scheinen zu je einer und zwei Mark an überreichten den wüßigen Einfall hat! Und wenn dann der Postbeamte, da er sich beim ersten Mal um eine Mark verzählt hat, sich mit einer Beduude, die du keineswegs zu teilen vermagst, dem Geschäft des Pöblers zum zweiten Male widmet!

Was aber geschieht indessen hinter den anderen Schaltern? Ein kleiner Blick gestattet dir, festzustellen, daß sie keineswegs vernünftig sind. Da sitzen Herren, die über etwas nachdenken, die irgendwelche fideleisch in das Mädelwerk der großen Mechanik einprägend Leistungen vollbringen oder sich ionisante mentellend machen. Für das Publikum, für das sie doch aufwendend an dieser Stelle sitzen sollten, sind sie jedoch nicht zu haben.

Und nun, wo liegt der tiefere Sinn: daß die Schalter zwar existieren, doch verbannt sind? Und daß die zu diesen Schaltern gehörenden Posten da und doch wieder nicht da sind? Organisationsfrage? Oder praktische Durchführungsfrage der an eine Behörde sich heranwendenden Untertanen?

Es gab eine Zeit, in der man das Meisten des Geduldens der v. l. Untertanen aller Orten zu belächeln schien. Auch bei der Post. Damals waren, soweit ich mich entsinne, von drei Schaltern immerhin zwei im Gange. Heute ist es meistens nur noch einer. Sollte die Post nach einem leistungsfähigen System veranlaßt werden? Ja kann es nicht erfinden.

Wer aber kann es?

Wöchels Mischermittwoch

Falschingsbilanz 1928

2002 Kontrakte — 1783 Geschäftsaussichten — 2 Millionen Grunderlöse — 2,6 Millionen Zuschußempfänger — 2,5 Millionen Kurzarbeiter — Pro Nacht in Berlin girte ein Tausend Fälle.

Staatsbürgerliche Erziehung in der Schule

Daß die Zentrale für die freie Schule ihren Mitgliedern vortrug über die schnelle und künftliche Erziehung hat keinen Zweck, denn am Montag abend Lehrer Ernst Kuntz vor der 78. Volksschule über die staatsbürgerliche Erziehung in unseren Schulen. Auch in der staatsbürgerlichen Erziehung handelt es sich, so führte der Vortragende aus, um ein Entweder — Oder. Entweder die beruflichen Erzieher in Haus und Schule lehren die Religion — oder Sprache und Musik und ihre vielen geheimen Mitarbeiter, Bekannte, Bekannte und Bekannte, übernehmen die Erziehung. Das Vortragswort wird nicht als nachteilig für das Volk, so jedoch ein wenig für die Lehrer von heute Stellung nehmen. Er kann nicht für Konarchie und für Republik, für Recht und für Arbeit, für Sonderprivilegien und für Gemeinnützigkeit sein. Er muß Stellung nehmen, muß sich aufstellen. Nicht für Programme, denn diese stehen beständig. Aber dafür, ob er Sonderinteressen denen oder der Allgemeinheit der Volksschule steht lassen will. Das Beispiel ist auch in der staatsbürgerlichen Erziehung von höchster Wichtigkeit. Es ist fertig zu machen, Politik gehört nicht in die Schule. Staatsbürgerliche Erziehung muß politische Erziehung sein. Die Einführung der Jugend zum Staatsbürgertum, jetzt wie im saftlichen Deutschland zum Untertanen, ist nur denkbar, wenn der Lehrer mehr wie bisher in der Gesellschaftswissenschaft Bescheid weiß. Um den werdenden Staatsbürger, der den Sinn des Lebens im Leben selbst zu finden hat, ohne alle Bebel in die Welt zu setzen, muß der Lehrer selbst als freier Mensch in der Welt leben. Die Entwicklungsgeschichte mit ihren vielen Fortschritten muß ihm offen liegen. Von dem Zustand des abendlichen Kontrastes ist die Kenntnis durch den Wandel der Zeiten hindurch geflossen. Die Volksschule steht hin zu neuen Weiden, die in Aussicht die fidele und wildgewandene Kultur mit fidele Dank vorant, Beherrsch und leitet unter dem großen Ziel: Die nationale Kultur sei Dienst an der Volksschule menschlicher Gemeinschaft. Der Mensch, der sich so im Staate bezieht, ist der Staatsbürger.

Der Vortragende wünschte nun im weiteren Verlauf seiner Ausführungen in Unterricht neben der Darstellung des geschichtlichen Wanders, eine Unterrichts im zeitlichen und geschichtlichen Nebenwandel. Er forderte eine vergleichende Betrachtung durch einen Einblick des deutschen Volkstums in die menschliche Weltkultur. Die Selbstverwaltung in Schule und Klasse, so betonte er gegen Ende seines Vortrages, gebe die Möglichkeit, staatsbürgerliche Eigenschaften und Tätigkeiten anzutragen und wachsen zu lassen und die nötigen Erkenntnisse anzubringen. Staatsbürgerliche Erziehung gefordert nicht in einem Jahr, nicht in einer Stunde, sondern immer und überall.

Das Schlusskapitel einer Mischenschaft

Vor dem Schwurgericht Dresden stand am Dienstag der 1903 in Großdresdn bei Pilschdorf geörene und zuletzt in Dresden wohnhaft gewesene ledige Wauer Karl Fritz Dutschmann. Die Anklage beschuldigte ihn des Meineids, geleistet am 23. Juni v. J. vor dem Amtsgericht Dresden in einer Zwangsversteigerungssache.

Zuschmann war nach dem Kriege Mitglied des Soldatenvereins in Pilschdorf, trat dann in Sachsen zur Reichswehr über, wurde im Januar 1924 wegen Dienstuntauglichkeit entlassen, erhielt eine Aufhebungsbescheid der Post, ging schließlich wieder dem Wauerhandwerk nach und bewarb sich später um eine Stellung als Justiz-

Ratschläge für Kleingärtner

Gartenarbeiten im Vorfrühling

Wenn es an Vorkühn stürmt und schneit, ist der Frühling nicht mehr weit, ist es aber klar und hell, kommt der Derg wohl nicht so schnell.

Für die Entwicklung der Pflanzen ist es nur von Vorteil, wenn der Februar kalt bleibt. Außergewöhnliche Wärme in dieser Zeit erzeugt einen zu frühen Trieb, der dann infolge von Nachfröhen oder Räterückschlägen oft wieder zurückfällt. Das hat natürlich Schädigungen der betroffenen Pflanzen zur Folge. Sie bleiben in ihrer Entwicklung zurück.

Im Februar sind folgende Gartenarbeiten auszuführen.

1. Arbeiten am Frühbeetkasten.

Im Januar begonnenen Winter mit dem Boden der Frühbeetkästen schon im Januar begonnen werden. Diese Arbeit wird jetzt fortgesetzt, vgl. damit angefangen. Da das Schmelzen der Pflanzen zum großen Teil vom richtigen Boden des Frühbeetkastens abhängen ist, soll im folgenden auf diese Arbeit näher eingegangen werden.

Das Frühbeet oder Winterbeet ermöglicht es uns, Pflanzenmaterial oder Frühgemüse zu einer Zeit heranzuzüchten, wo an den Boden im Freien noch gar nicht gedacht werden kann. Dazu gehört jedoch vor allem Wärme. Diese Wärme erzielen wir durch das sogenannte "Paden" des Frühbeetkastens. Am besten eignet sich hierzu Vermiculit, da er sich infolge seines geringen Wassergehalts schnell zerlegt und erwidert.

Das "Paden" des Winterbeets hat nun in folgender Weise zu geschehen: Gabel für Gabel voll Mist wird unter ständiger Schütteln gleichmäßig lagenweise im Kasten ausgebreitet. Jede Lage wird dann mit einem feinen Sieb bedeckt, bis der Mist nicht mehr nachgibt. Die Düngehöhe wird je nach der Kultur, die man im Kasten betreiben will, und je nach der Zeit der Anlage verschieden sein. Will man z. B. Gurken oder Melonen ziehen und ist der Kasten dazu im Februar gepadelt worden, so muß die Düngehöhe 70 bis 100 Zentimeter hoch sein. Für Kohlraben, Salate und Bohnen sind dagegen 50 bis 60 Zentimeter Pading ausreißend. Ist das Frühbeet in dieser Weise vorbereitet, so legt man den "Allmisch" an. Dieser wird, soweit die Boden reichen, außen herum in einer Breite von 30 bis 50 Zentimeter aus Vermiculit hergestellt und fest angetreten.

Nun muß sich in dem fertig gepadeten Kasten der Mist erst soweit erwärmen, daß er dampft. Zu diesem Zweck belegt man den Kasten mit feinem, Strohhalm oder Stroh. Dampf der Kasten, dann ist es Zeit, die Erde aufzutragen. Das geschieht an sonnigen, frostfreien Tagen um die Mittagszeit. Die Erde darf nicht gefahren sein. Nach erfolgter Arbeit sind die Fenster sofort wieder aufzulassen. Ist die Erde richtig durchwärm, so wird sie, wieder an einem sonnigen, frostfreien Tage um die Mittagszeit, leicht durchgetastet, gedünnt, und dann kann gesät und gepflanzt werden.

Um zu verhindern, daß der frisch angelegte Kasten während der Nacht oder an kalten Tagen auskühlt, werden die Fenster mit Strohmaten belegt. Diese Strohmaten werden tagsüber, solange die Sonne den Kasten bescheint, abgenommen, eventuell wird sogar schon ein wenig gelüftet. Ein heftiger Kasten muß bei jeder Witterung täglich auf- und zugehört werden. Die Dauer des Offenhaltens richtet sich nach der Witterung der Wärme des Kastes und der Kultur, die darin betreiben wird. Die Winterbeete werden so lange über Nacht abgedeckt, als die Temperatur während der Nacht nicht schädlich 10 Grad Celsius beträgt. Hat man jedoch

Gurken oder Melonen im Kasten, so wird auch dann noch gebedt, um starke Temperaturerwärmungen im Kasten zu verhindern.

2. Arbeiten im Gemüsegarten.

Die Wichtigkeit, im Gemüsegarten Arbeiten für das Frühjahr auszuführen, ist noch gering. Nur bei sehr günstiger Witterung und auf leichtem, trockenem Boden kann man jetzt im Freien ansetzen: Zuckerschalen, Gelberben, Mören, Schwarzwurzeln, Spinat, Lauch, Petersilie, Salat, Zwiebeln, Kresse, Rattich, Tomaten können in Töpfe gesät werden.

Wenn im Herbst noch nicht gegraben und gepädelt worden ist, dann ist es jetzt höchste Zeit, das nachzuholen. Besser ist es aber in jedem Falle, im Herbst zu graben und gleichzeitig mit Stallmist zu düngen.

3. Arbeiten im Obstgarten.

Im Obstgarten werden jetzt die jungen Bäume und Beerensträucher gepflanzt. Wie bereits in dem Artikel: "Wie pflanze ich junge Obstbäume?" ausgeführt wurde, sollen die Baumstämme bereits im Herbst ausgewaschen worden sein (siehe den Artikel). Die handene Obstbäume werden, soweit dies noch nicht geschehen ist, geschnitten. In der Schädlingsbekämpfung wird fortgefahren, Spalieren werden nachgesehen und, wenn nötig, ausgebessert.

4. Arbeiten im Biergarten.

Im Biergarten gibt es schon allerlei zu tun. Alle Erdoarbeiten können fortgesetzt werden. Jetzt ist die beste Zeit, mit Mist zu düngen. Dieser trägt viel dazu bei, den kalten Boden zu erwärmen. Es werden ferner die gepflanzten oder rüchlichen Pflanzen von Rosen, Lilien und Stierglocken vorgenommen. Rosen werden geschnitten; Kletterrosen an den Spalieren angeheftet. Bei entsprechender Witterung kann das Deckelwerk oder sonstige Schutzdecken von den Rosen abgenommen werden. Frostempfindliche Stäuben, die einer Schutzdecke bedürftig hatten, werden nachher gelüftet.

Wegen werden nachgesehen und eventuell ausgebessert. Bierglocken werden ausgelichtet und geschnitten.

Bei einem Gang durch eine Schrebergartenkolonie kann man sich als Fachmann leicht davon überzeugen, daß in bezug auf den Schnitt der Blütensträucher die Unkenntnis noch sehr groß ist. Die Blütensträucher sind hier vielfach gleichmäßig bedeckend nach Schema F geschnitten. Ein so geschnittener Strauch kann naturgemäß keine Blüten hervorbringen, da sie ja alle weggeschnitten sind. Wasu pflanzen wir dann überhaupt Blütensträucher, wenn wir die Blüten durch das Schneiden selbst zerstören? Ich gebe zu, daß es selbst für einen Fachmann nicht immer leicht ist, den Sträucherschnitt richtig auszuführen, denn dazu gehört vor allem genaueste Kenntnis der Sträucher und ihrer Willkür. Deshalb suche man auch nie einen Gelegenheitsgärtner, sondern stets einen bekannten Fachmann in dieser Angelegenheit zu Rate.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle näher auf den Schnitt der Blütensträucher einzugehen. Im allgemeinen aber beachte man folgende Regeln: Schneide lieber zu wenig als zuviel, Schneide die Sträucher am besten erst dann aus, wenn sie zu dünn zu werden drohen, daß ein Teil der Energie dadurch am Wüthen verlohnt wird. Entferne schonende Zweige ganz, von denen du annimmst, daß sie von den andern, härteren Zweigen doch unterdrückt werden. Schneide die in den Nachbarnäusen hineinragenden Äste ab, um ihn dadurch zur Wüthenbildung zu veranlassen. Deute immer daran, daß du von einem Blütenstrauch auch Blüten verlangst. D. G. Buchs.

für seine Kollegen zu Weihnachten etwas Schokolade zu ergattern such.

Das Gericht wies in seiner Beschlusssatzung den Antrag des klagen Juristen Wefand zurück. Die Reichsbahnverwaltung Dresden ist damit um einen Meinsfall reicher. Das schadet dem guten Ansehen natürlich nicht.

„Unerschämtheit“ — erhebliche Ehrverletzung!

Vor dem Gewerbegericht klagt ein kriegsbeschädigter Arbeiter, der seit Jahren als Kaufhändler in einer Fabrik arbeitet. Er ist stilllos entlassen worden, weil er sich eine erhebliche Ehrverletzung eines Vorgesetzten schuldig gemacht haben soll. Einmal gab es viel Arbeit, und eine Dreizehn fügen den Ausschlägern vor. Überstunden zu machen. Sie waren bereit dazu, und der Kläger wanderte sich dieserhalb an den Betriebsleiter. Der war nicht für Überstunden und sagte zum Kläger in aufgeregtem Ton, er solle nur mehr arbeiten, denn brauchte er keine Überstunden zu machen. Der Kläger geriet über diese Antwort ebenfalls in Aufregung und erwiderte, es sei eine Unerschämtheit, einem Kriegsbeschädigten so entgegenzutreten. Wegen dieses Ausdrucks wurde er stilllos entlassen. Das Gewerbegericht sollte entscheiden, ob die stilllose Entlassung für die Entlassung gerechtfertigt ist. Das Gewerbegericht schloß sich einem Urteile an, das in einem gleichen Falle des Dresdner Kaufmannsgericht im vorigen Jahre gefaßt hat. Es kam zur Abweisung der Klage mit der Begründung, daß ein Arbeiter in seinem Falle sich zu einer solchen Unerschämtheit hinreichend lassen dürfe, gleichviel, ob die ihm gemachten Vorkürfe berechtigt sind oder nicht.

Es ist bedauerlich, daß sich das Gewerbegericht in diesem Falle von dem Urteil des Kaufmannsgerichts hat lassen lassen. Daß der in einer berechtigten Erregung gefasste Ausdruck Unerschämtheit eine erhebliche Ehrverletzung im Sinne des § 123 der O. D. sein soll, ist nicht recht verständlich. Ein Arbeiter ist doch kein Reich, der das Maul zu halten hat, wenn er angegriffen wird! Auch er hat eine Ehre zu verteidigen. Und ist der Arbeitgeber nicht auch verpflichtet, sich dem Arbeitnehmer gegenüber zu bedürfen?

Falsch und Mischermittwoch. Auf den Dresdner Straßen

war gestern viel Leben. Ansonsten kann man es aber nicht nennen. Dazu fehlt dem Dresden im allgemeinen der besser-gewöhnliche Ton des Kleinwanders und Süddeutschen. Aber auch die Schwere der Zeit läßt natürlich viele nur mit Mühe zu Angehörigkeit kommen. In den Nachmittags- und ersten Abendstunden beherrschen die Kinder das Feld und es ist ersichtlich, daß viele gute und wenig geschmacklose Verleibungen zu sehen waren, in denen sich die Kleinen und Kleinen ungeheuer wichtig vorluden und gaben. Auffällig waren die vielen Indianer und Cowboy, die sich durch Zarafanis Indianer angezogen, auf dem Kriegsspiel tumpelten. Trotzdem der Verkauf und Gebrauch von Waffen polizeilich verboten war, hatten sich doch viele Kinder verlost und beschäftigten sich lebhaft damit. Sonst war aber das ganze Treiben, auch in den späteren Stunden, gestillter als in den früheren Jahren, die Beteiligung der Massen aber stärker, so daß in den Straßen der inneren Stadt und auf dem Altmarkt ein starkes Gedränge entstand, weshalb schließlich die Polizei am Ausgang der Zerstraße eine Postenkette bildete, die den Verkehr in die Nebenstraßen lenkte. Auch die Omnibusse wurden umgelenkt. Ersichtlich ist, daß es zu schwereren Ausbreitungen und zu Störungen, wie es scheint, nirgends gekommen ist. Den Anweisungen der Volkspolizei, die lässlich gegeben wurden, leistete man mäßig Folge. Der Falsching ist durch den Mischermittwoch abgelaßt und der heute wieder in Lagermitten steht, den braunen fröhliche Falschingsstunden nicht zu reuen.

Einrichtung von Schulperkschen durch die Sparkasse der Stadt. Am Beginn des Jahres 1928 sind von der städtischen Sparkasse Schulperkschen eingerichtet worden, und zwar zunächst bei 50 städtischen und Privat-schulen. Die Lehrerschaft hat sich zu dankenswerter Weise bereit erklärt, die Leitung der Schulperkschen zu übernehmen. Am 10. Schreberarbeit und Wüthenbildung nach Möglichkeit zu expandieren, ist das System der Sparfaren und Sparmarken gewährt worden. Die Kinder erhalten teilweise eine Sparkarte mit 10 Feldern zum Aufkleben der Sparmarken.

Gewerbegericht

Die Würde der Reichsbahn

Von der Eisenbahndirektion Dresden hat das Gewerbegericht in Dresden am 12. d. M. eine Verhandlung statt, die die Reichsbahndirektion Dresden gegen einen Betriebsratsmann beantragt hatte. Der Betriebsratsmann hatte, wie dies in Eisenbahnerkreisen teilweise üblich ist, sich zu Weihnachten an einige große Privatfirmen gemeldet, um für die Verlegung seiner Dienststelle Weihnachtsgaben zu erhalten. Hierin erblickte die Reichsbahndirektion eine Verletzung der gesetzlichen Pflicht des Betriebsrats, indem sie ihm zum Vorwurf machte, den Betrieb nicht vor Erschütterungen bewahrt, sondern diese Erschütterungen direkt veranlaßt zu haben. Sie ersuchte daher um Anerkennung des Antrags als Betriebsrat.

Zu Beginn der Sitzung mußte sich der Vertreter der Reichsbahndirektion, Dr. Dieckhoff, vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts sagen lassen, daß keine Begründung für die Anklage abwegig sei. Sie finde weder im Betriebsratsgesetz noch in der Arbeitsordnung eine Stütze. Eine Verletzung der gesetzlichen Pflichten des Betriebsrates könne nirgends erblickt werden. Trotzdem ging Dr. Dieckhoff nicht darauf ein, den gestellten Antrag zurückzuziehen. Er sagte etwas von Betriebsreisen des Personals, von einer überhandnehmenden Korruptionserscheinung, die geeignet sei, den Staat und die Würde der Reichsbahn herabzusetzen. Hoffentlich ist Herr Dieckhoff in der so auf den Stolz und die Würde des Personals bedacht! Außerdem sei das Tun des Betriebsrates geeignet, das Ansehen der Reichsbahndirektion in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen. Der Vertreter des Klagen, der Bevollmächtigte des Betriebsverbandes der Eisenbahner, wies darauf hin, daß die Korruption bei der Eisenbahn nicht von dem inneren Personal, sondern von oben her gefördert würde. Das Anerkennen der Reichsbahndirektion, das Schließen im Berliner Schlichtungsbüro einen Freifahrer zu gewähren, sei der beste Beweis dafür. Diese Erwiderung war dem Juristen Dieckhoff sehr unangenehm. Korruption ist es natürlich nur, wenn ein Betriebsrat

Die auf den Betrag von 10 Pfennig und 50 Pfennig lautend...

Sozialdemokratische Stadtbundbesetzung. Donnerstag...

Personenverkehr mit Bulgarien und der Türkei. Nach Konstantinopel...

Die Einweihung der Jugendhochschule soll am 25. April stattfinden...

Das Ergebnis der Wahl zum Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse...

Übung von Gustav Kieritz. Der Dresdner Lehrerverein legte bei der 50. Wiederkehr des Todestages...

Für Reisende nach der Isechschlawa. Für die Versicherung von Reisepäck und Gepäck...

Vollbad Volkshaus. Die Schwimmhalle des Volkshauses bleibt am Sonntag wegen Reparaturarbeiten geschlossen...

Fahrrad- und Nähmaschinen sowie Bureau- und Sprachmaschinen-Mechaniker...

Familienvorführung im Circus. Kommen am Sonntag nachmittags 10 Uhr eine Familienvorführung...

Von Mann und Kind weg in die Erde. Als gestern Abend viele Menschen bei der Augustbrücke...

Lebensmüde junge Leute. Ein 17-jähriger Schüler wurde am Sonntagabend in der Elternhand...

Wegen eines Nebenlebens in den Tod ging ein auf dem Weg durch zur vierwöchigen 14-jährigen ledigen Kaufmanns...

Töchterluff. In der Nacht vom Montag auf Dienstag erlitt eine in der Schillerstraße wohnhafte 78-jährige alte Kleinrentnerin...

Dresdner Umgebung

Aus dem Bezirksausschuß

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden hat am Freitag eine öffentliche Sitzung...

Am Freitag der Schulkommission für das Realgymnasium an der Lehnitz...

Bei der Aufnahme eines Darlehens von 70.000 M. teilte der stellvertretende Chairman...

Volkshaus. Öffentliche Sitzung des Schulausschusses am 14. Februar...

Mitglieder. Die Abteilung für Kriegserfahrungen des Volkshauses...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Kreisverein Dresden 8. Hamburgler treffen sich Donnerstag...

Parteinachrichten für Groß-Dresden

Gruppenleiter! Vorschläge für die Delegierten zur Ortskonferenz...

Arbeiterwohlfahrt. Neustadt. Donnerstag, 7 1/2 Uhr. Bezirksführung...

Gruppe Altstadt 2. Freitag, abends 7 1/2 Uhr. Gruppenversammlung...

Gruppe Altstadt 5 (Friedrichstadt). Freitag, abends 7 1/2 Uhr. im Volkshaus...

Gruppe Altstadt 6. Freitag, abends 8 Uhr. in Dachs Restaurant...

Gruppenverband Dresden-Neustadt. Freitag, 8 Uhr. im Jugendheim...

Gruppenverband Neustadt-West. Donnerstag, 8 Uhr. im Kaiserlicher Erchan...

Gruppe Striesen 3. Freitag, pünktlich 7 1/2 Uhr. Mitglieder-Versammlung...

Gruppe Sandberg. Der Gruppenabend fällt nächsten Freitag aus...

Gruppe Südau. Freitag, abends 8 Uhr. Mitglieder-Versammlung...

Gruppe Striesen 4. Freitag, 7 1/2 Uhr. im Volkshaus Dresden-Ost...

Gruppe Trachenberg. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, 7 1/2 Uhr. im Volkshaus Dresden-Ost...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppenleiter. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Bereins- und Versammlungs-Kalender

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Gemeinschaft proletarischer Dresdener, Gruppe Striesen-Maschwitz...

Soll Deutschland ein Mutterstaat werden?

Donnerstag den 18. Februar, 7 1/2 Uhr, in den Kinnentüren...

Öffentlichen Kundgebung

Gem. Stadtschulrat Dr. Löwenstein, W. d. R.

zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schundchriften

Veranstaltet ist die öffentliche Kundgebung von der Erziehungs-

gemeinschaft Kinderfreunde, von der Sozialistischen Arbeiter-

jugend, von der Sozialdemokratischen Partei Groß-Dresden,

von der Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Arbeiter

und von den Jungsozialisten Groß-Dresdens. Die Mitglieder

dieser Organisationen werden zur Teilnahme an der interessanten

Versammlung aufgefordert. Eintritt frei.

Gruppe Striesen. Freitag, 7 1/2 Uhr. in Ritters Restaurant...

Gruppe Trachenberg. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppe Striesen 4. Freitag, 7 1/2 Uhr. im Volkshaus Dresden-Ost...

Gruppe Trachenberg. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppe Striesen 4. Freitag, 7 1/2 Uhr. im Volkshaus Dresden-Ost...

Gruppe Trachenberg. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppe Striesen 4. Freitag, 7 1/2 Uhr. im Volkshaus Dresden-Ost...

Gruppe Trachenberg. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppe Striesen 4. Freitag, 7 1/2 Uhr. im Volkshaus Dresden-Ost...

Gruppe Trachenberg. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppe Striesen 4. Freitag, 7 1/2 Uhr. im Volkshaus Dresden-Ost...

Gruppe Trachenberg. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppe Striesen 4. Freitag, 7 1/2 Uhr. im Volkshaus Dresden-Ost...

Gruppe Trachenberg. Freitag, abends 8 Uhr. im Vergnügungsbereich...

Gruppe Striesen 4. Freitag, 7 1/2 Uhr. im Volkshaus Dresden-Ost...

Bewerkschaftsbewegung

Ein fürsorglicher Arbeitgeber

Wie in der jetzigen allgemeinen Krise die Notlage der Kauf-

mannschaft ausgenutzt wird, beweist folgendes Schreiben der Säch-

sischen Gussstahlgewerkschaft m. b. H. Dresden, das uns ein glücklicher Brief gewährt:

Hierdurch nehme ich zum Ausdruck folgenden Kenntnis:

1. Mein Monatslohn wird von der Sächsischen Gussstahlgewerks-

chaft m. b. H. jeweils nur nach meiner Leistung gemindert und

am Schluß eines jeden Monats gezahlt. Eine Gehaltsveränderung

wird jeweils am Ende eines Monats für den übernächsten Monat festgelegt.

2. Die Kündigungsfrist ist für mich und die Sächsischen Gussstahl-

gewerkschaft m. b. H. eine monatliche zum Schluß eines jeden

Kalendermonats.

3. Die Wochenarbeitszeit beträgt grundsätzlich 54 Stunden, aus-

schließlich einer halben Stunde Mittagspause.

4. Ich bin außerdem verpflichtet, die im Interesse einer ord-

nungsmäßigen Fortführung des Betriebes notwendigen Arbeiten

über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus ohne Vergütung zu leisten.

5. Die Gewährung eines Urlaubs überhaupt, sowie dessen Dauer

und Zeitpunkte steht in freiem Ermessen der Sächsischen Guss-

stahlgewerkschaft.

Vorliegendes gilt mit Wirkung vom 1. März d. J. an.

Dieser Hebers ist den Angestellten von der Firma in letzter

WER SCHUHE PUTZT... WER SCHUHE PUTZT... WER SCHUHE PUTZT...

# Bodentwirtschaft und Denkmalschutz

## Sächsischer Landtag

169. Sitzung, Dienstag den 16. Februar 1920, nachmittags 1 Uhr  
Auf der Tagesordnung stand an erster Stelle die zweite  
Beratung über den Antrag Böttcher u. Gen. (Komm.) auf

### Auflösung des Landtags.

Entgegen allen Erwartungen nahm nochmals Paul  
Böttcher das Wort — zu einer längeren Festrede, die er  
wiederum zur Begeisterung der Sozialdemokratie begrüßte, von der  
er — ohne auch nur den Schimmer eines Zweifels dafür zu er-  
bringen — behauptete, daß es ihm mit seinen Anträgen zur Ernäh-  
rung und zur Wohnungsnot gar nicht ernst sei. Als  
Böttcher dann auf die Bemerkung des Genossen Schwarz in der  
letzten Donnerstagssitzung zu sprechen kam, daß sich die Mitglieder  
der sozialdemokratischen Fraktion ehrenwörtlich auf die Landtags-  
auflösung festgelegt haben, rief er ihm mehrere von den Dreizehn-  
zwanzig zu, daß sie gar kein Ekremwort gegeben haben. (Beif.  
Hört, hört! rechts.)

Genosse Reithe gab darauf eine Erklärung ab:  
Böttcher habe in seiner heutigen Rede wiederholt Bezug ge-  
nommen auf eine angebliche ehrenwörtliche Erklärung, die die  
sozialdemokratische Fraktionsmehrheit abgegeben habe in bezug  
auf die Auflösung des Landtages. Deswegen erkläre er im  
Namen der Mitglieder der ehemaligen Fraktionsmehrheit, daß  
diese eine solche ehrenwörtliche Erklärung  
nicht abgegeben haben, und daß sie auch nicht  
davon verlangen worden ist.

In namentlicher Abstimmung wurde der Auflösungs-  
antrag mit 80 gegen 9 Stimmen abgelehnt; 7 Abgeordnete  
fehlten.

Der Abstimmung über den Auflösungsantrag folgte die erste  
Beratung des Antrages Birtz und Genossen (Soz.) auf  
reichsrechtliche Regelung der Bodentwirtschaft

In Verbindung damit wird der Gesetzentwurf: **Abänderung  
des Allgemeinen Baugesetzes** beraten. Die Novelle ist vor allem  
bedingt durch die Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse in  
der Nachkriegszeit.

### Genosse Schombor:

Der Antrag verlangt, daß die Staatsregierung bei der  
Rechtsregierung dahin wirken möge, daß eine zweckmäßige Boden-  
wirtschaft in die Wege geleitet wird, damit der Boden, das beste  
materielle Gut des deutschen Volkes, in den Dienst des Gemein-  
wehns gestellt wird. Soll den Erfordernissen einer modernen Sied-  
lung und zweckmäßigen Erweiterungspolitik Rechnung getragen  
werden, so müssen durch eine reichsrechtliche Regelung Hindernisse  
beseitigt und notwendige Voraussetzungen geschaffen werden.  
Sachlich hat mit seinem Bodenrechtsgesetz Vorbildliches geleistet, aber  
der Artikel 156 der Reichsverfassung, das Bodenrecht betreffend,  
kann nicht durch Landesrecht, sondern nur durch Reichsrecht zur  
Anwendung kommen. Ein zweckmäßiges Bodenrecht würde  
der schaffenden Landwirtschaft dienen, und ein solches Gesetz  
würde weiten Volksteilen dienen, die jetzt von den Segnungen aus-  
geschlossen sind, die eine dauernde Verührung mit der Mutter Erde  
bringt.

Wenn irgendwo, so kann man auf das jetzige Bodenrecht das  
Gegensatz anwenden: „Es erben sich Besitz und Rechte wie eine  
enig Straußent fort.“ Nicht eine weitere Verdrückung unserer volk-  
reichen Gemeinwesen, besonders der Großstädte und Industriestädte,  
brauchen wir, sondern eine Ausbreitung und Ausbreitung. Unser  
Bau will weitergeführt sein aus der ständigen Erhaltungsmäßigkeit,  
deshalb, wo es Erde findet und Luft und Licht und Sonne. Warum  
haben in den Dörfern unter großen deutschen Städten fünf bis  
sechzehn mal so viel Menschen wie in den großen Gemeinwesen mancher  
andere Länder, wie z. B. in England? Weil dem deutschen Volke  
mehr als manchem anderen der Boden verfallen ist. In dem großen  
in den Dörfern gefeiert hat wie ein Alp. Daß wir diesen Alp ab-  
schütteln müssen, das ist eine so einleuchtende Notwendigkeit, daß sie  
bei den Angehörigen aller Parteien Anhänger findet.

Rechner bezieht dann eingehend die Richtung, in der eine  
Einwirkung auf die Rechtsregierung verlangt wird. Er weist hin  
auf die moderne Wissenschaft des Städtebaues, auf die Verteilungen,  
gesundheitliche Maßnahmen, die in den Dörfern, nach denen die Ge-  
meinden für sich allein oder in Verbindung mit anderen Gemein-  
den Land reservieren sollen für Wohnzwecke, für Industriezwecke,  
für Grünflächen, Sport- und Spielplätze, Parkanlagen, Friedhöfe,  
Verkehrsmittel usw. Die Voraussetzung für die richtige Realisie-

rung solcher Pläne ist, daß deren Ausführung verhindert wird.  
Geht dies nicht, so wird die Ausführung solcher Pläne sofort die  
Spekulation ihre Maßnahmen beginnen, um aus den Absichten  
Kapital zu schlagen. Soll verhindert werden, daß die Gemeinden  
bei Durchführung ihrer Pläne dem Risiko Bodenverfallung aussetzen,  
so muß reichsrechtlich bestimmt werden, daß die Gemeinden eine  
gewisse Bodenvorratswirtschaft zu betreiben haben. Das können sie  
nur, wenn ihnen das Ankaufsrecht für den Boden ihres Bezirkes  
gegeben wird, und zwar mit Festsetzung eines angemessenen Preises.  
Dängt mit einem Landstück die wirtschaftliche Erfüllung zusammen, so  
sollte die Entscheidung in Erfahrung bestimmt werden.

Für die Verfestigung müßte eine allgemeine  
Schätzung des sogenannten nackten Bodens, also ohne Rücksicht auf  
vorhandene Bauflächen und sonstige Aufwendungen, gemacht  
werden, wie dies in Anhalt und in Bremen geschehen ist. Im  
übrigen wäre die Selbsterschätzung festzusetzen, die gleichzeitig  
einerseits für die Berechnung der Grundsteuer und die Festsetzung  
einer Bebauungsgrenze und andererseits für die Entscheidung bei  
dem Übergang an die Gemeinde maßgebend sein könnte. Rechner  
widerlegt dann die Einwände, die gegen die von ihm vertretenen  
bodenrechtlichen Prinzipien ins Feld geführt werden. Die Finanz-  
regierung der Bodenvorratswirtschaft könnte geschehen durch eine  
Bodenwirtschaftsban, die den Charakter einer Pfandbeset-  
zung haben müßte. Die modernen, großen Siedlungsbestrebungen  
und der in der Baugesetzgebung vorgeschriebene Flächenaufstellungsplan  
bedingen ein allgemeines Bodenerwerbsrecht nach den besprochenen  
Gesichtspunkten.

Ministerialdirektor Dr. Schulze machte einige Ausführungen  
zur Novelle zum Allgemeinen Baugesetz, die ein grundsätzliches Be-  
kenntnis zum Nachdruck enthält. Maßgebend für die Vorlage seien  
Rücksichten auf Volksgesundheit, Keilheit und Wirtschaft gewesen.  
Es sei zu hoffen, daß die Bodenpreise niedriger werden, wenn mit  
dem Nachdruck als Norm gerechnet werden muß. Der Rechner geht  
dann auf Einzelheiten ein.

Vor der Weiterberatung protestierte der Kommunist Biewert  
gegen die Anwesenheit bewaffneter Polizei-  
beamten im Landtagsgebäude. Vizepräsident Dr.  
Hähmann entgegnete, der Präsident habe es für notwendig  
gehalten, ein kleines Polizeigebot anzufordern, um die Ordnung  
im Hause aufrechtzuerhalten. Es seien bei starkem Andrang  
Hausangestellte beiseitegedrückt worden.

Dann wurde die Beratung fortgesetzt.  
Der Volkspartei Dr. Hartwig begrüßte die Vorlage  
und auch der Deutschnationale Dr. Starck stellte sich ihr im all-  
gemeinen freundlich gegenüber.

### Genosse Schürck

bemerkte, daß die Tendenz des Entwurfes im wesentlichen die-  
selbe wie im alten Gesetz ist, und daß nur mehr Rücksicht auf  
die wirtschaftliche Entwicklung genommen wird und auf die  
Dinge, die sich in Bezug auf die städtische Entwicklung  
ausenthalben bemerkbar gemacht haben. Eine ganze Reihe von  
Bestimmungen gebe zu Verhandlungen Anlaß, doch werde man  
sie im Hinblick vorbringen. Nur darauf sei hingewiesen, daß  
es nötig ist, hinsichtlich der Schaffung von Grünflächen schon  
jetzt fällige Vorarbeiten zu leisten. Die Fragen des Bauarbeiter-  
schutzes und der Wohnungsaufsicht wären nicht in der  
vorliegenden Weise in der Vorlage berücksichtigt worden.  
Die Vorlage dürfe auf keinen Fall eine überhäufte Durch-  
beratung erfahren.

Nachdem noch ein Demokrat und ein Kommunist ge-  
sprochen haben, wurden Vorlage und Antrag Birtz dem  
Rechtsausschuß zur Weiterberatung überwiesen.

Dann kam noch zur Beratung der Gesetzentwurf über

### Denkmal- und Naturschutz

zu dem wie Ministerialdirektor Dr. Schulze beabsichtigt  
ausführt, die materielle Not der Zeit genommen hat. Der vor-  
bildlichen Arbeit des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz  
wurde volle Anerkennung ausgesprochen. Die Vorlage legt den  
größten Wert auf die Erhaltung der Denkmäler. Die Regierung würde  
es außerordentlich bedauern, wenn sich in diesen Fragen ein  
Polizeigewalt herausstellen würde.

Der Demokrat Günther verteilte einen Antrag seiner  
Fraktion, dem Landtag beschließen einen Gesetzentwurf vorzu-  
legen, durch den ein durchgreifender staatlicher Schutz prähisto-  
rischer Funde herbeigeführt wird.

Die Rechner sämtlicher Fraktionen äußerten sich zustim-  
mend zu der Vorlage.

Darauf ging die Vorlage mit dem Antrag Günther an  
den Rechtsausschuß.

Nächste Sitzung: Donnerstag den 18. Februar, nach-  
mittags 1 Uhr: Erstkapitel und einige Anträge.

## Gauleiterkonferenz der sächsischen Gewerkschaften

Am Montag fand im Volkshaus in Dresden eine Gau-  
leiterkonferenz des ADGB, Bezirk Sachsen, unter  
dem Vorsitz des Genossen Arndt, Dresden, und in Anwesenheit  
des Arbeit- und Volksrechtministers, Genossen Eisner, leit.  
Einleitend berichtete Genosse Arndt ausführlich über die in den  
vorherigen Tagen zu erörternden Reichsberatungen über die Aus-  
arbeiter-Unterstützung, die gegenüber der sächsischen  
Regierung über Ausbeiderunterstützung fühlbare Mängel aufzuweisen  
haben wird.

Dann referierte Genosse Eggert vom Bundesvorstand des  
ADGB über:  
**Die Krise der deutschen Wirtschaft und die Stellung der  
Gewerkschaften.**

Ueber die Schwere der gegenwärtigen Krise, so betonte er,  
geben die Zahlen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter Aufschluß.  
Das Unternehmertum fand ursprünglich auf dem Standpunkt, daß  
es sich um eine Krise handelt, die auf lange Zeit nicht überwinden  
werden kann, die Arbeiterklasse müsse daher von ihrer Lohnpolitik  
noch aufwärts absteigen. Demgegenüber ist festzustellen, daß sich der  
deutsche Export in den letzten Monaten, selbst im Krisenmonat  
Oktober, immer gehoben hat. Innerhalb der Ausfuhrquote  
ist sogar ein besonders starkes Wachstum der Fertigprodukte zu ver-  
zeichnen. Von einer Herabsetzung der Wirtschaft bis in die untersten  
Stufen kann also keine Rede sein. Die steigenden Zahlen des  
Exports beweisen aber, daß es sich um eine Inlandkrise  
handelt, und es entsteht die Frage, ob der deutsche Innenmarkt  
mit Gütern gesättigt ist. Das muß mit Nein beantwortet werden.  
Der Inlandmarkt ist nicht gesättigt, weil die große Masse in-  
folge ihrer schlechten Einkünfte die Güter zu  
hohen Preisen nicht kaufen kann. Unser Reallohn  
formen muß also gesteigert werden, aber das Unternehmertum  
muß davon nichts wissen. Genosse Eggert bewies das an Hand  
von interessanten Zahlenmaterial. So wird die Lohnpolitik  
der Gewerkschaften zu einem wichtigen Faktor, weil sie  
zur Entziehung der deutschen Wirtschaft von innen  
heraus führt und anders als durch Erhöhung der Kaufkraft der  
Masse die Krise nicht zu beenden ist.

Die deutsche Wirtschaft war während der Inflation ein  
Dumping auf dem Weltmarkt. Wäre unsere Wirtschaft in ihrer  
Unterentwicklung verblieben, so hätte nach der Stabilisierung der Währung  
eine riesige Wirtschaftskrise einziehen müssen. Sie blieb unter Ein-  
wirkung der deutschen Reichsbank aus. Die deutsche Wirtschaft  
lehrt heute nicht unter Mangel an Geld (wie in den letzten Wochen  
in Deutschland) kurzfristig nach England verliehen worden), sie  
lehrt aber unter dem Mangel langfristiger Kredite.  
Hier kommt und regelmäßig eingreifen, bezugnehmend auf die Reichs-

bank. So wird die gegenwärtige Krise zu einem großen aber  
notwendigen Reinigungsprozeß innerhalb unserer Wirtschaft, weil wir  
sonst in einen Dauerkrisezustand kommen. Es ist auf die Dauer  
untragbar, daß ein um das Doppelte gesteigerter Verteilungsapparat  
Berlin a. P. zählte vor Kriegsausbruch 31 000 eingeschriebene  
Handelsfirmen, nach Kriegsende 23 000. Die durch unsere Arbeiter  
geschaffenen Gewinne einsteckt. Unsere Aufgabe innerhalb dieses  
Reinigungsprozesses besteht darin, ihn nach Kräfte zu beschleunigen  
und für die Erwerbslosen, Ausbeuter und Kurzarbeiter ein mög-  
lichst hohes Existenzminimum zu sichern. Eine  
weitere Ursache der jetzigen Krise ist in der verfallenen Volk-  
politik unserer Landwirtschaft zu suchen, die sich davon  
hohe Gewinne verspricht, in Wirklichkeit aber eine Abschaltung  
inländischen Getreides erreicht, so daß sie nicht in der Lage ist,  
landwirtschaftliche Maschinen und Düngemittel zu kaufen, und da-  
durch Erntedauern in großen Teilen der Maschinen- und chemischen  
Industrie herbeiführt.

Das vorliegende statistische Material läßt erkennen, daß wir  
gegenwärtig auf dem tiefsten Punkt der Krise ange-  
kommen sind. Es ergibt sich nun die große Aufgabe, die Betriebe  
wieder in jenes Weis zurückzubringen, wobei sie vom volkwirt-  
schaftlichen Standpunkt aus gebracht werden sollen. Will die deutsche  
Wirtschaft nicht von der Weltwirtschaft erdrückt werden, dann kann  
sie nicht Dinge tun, die sich selbst eine reiche Wirtschaft nicht er-  
lauben kann. Rationalisierung, Typisierung und  
Normalisierung sind notwendig, damit die Krise  
nicht eine neue herbeiführt. In denkbar einfacher,  
aber geschmackvoller Form muß die Witterzeugung vorwärts-  
getragen werden. Ein Teil der Industrie nimmt jetzt eine Um-  
stellung vor. Wir erlauben dabei das berühmte „Lauende  
Band der Arbeit“. Hierbei müssen wir uns auf den Stand-  
punkt stellen, daß der Mensch die Entwicklung der Dinge zu be-  
herrchen suchen muß. Der technische Entwicklung der Dinge  
sollen und dürfen wir uns nicht etwa wie die Maschinenführer  
und schlechten Arbeiter im vorigen Jahrhundert entgegenkommen,  
sondern müssen unsere Kräfte für die Regulierung  
des Arbeitsmaßes und der Arbeitszeit einsetzen,  
denn es ist klar, daß sich einmündige und schematische Arbeit nicht  
den größten Teil unseres Lebens ausfüllen darf.

Die gegenwärtige Krise ist nicht eine solche,  
die uns zur Schwarzmalerei, die nur zur Sohn-  
bräckeri führt, veranlassen darf. Die deutsche In-  
dustrie ist nicht tödlich getroffen, die Fehler liegen in  
Produktionsapparat, in den hohen Preisen und  
in der geringen Kaufkraft der Masse.

Die Aufgabe steht auf einer beachtlichen Höhe. Ins-  
besondere wurde die Frage des Transportwesens einer eingehenden  
Würdigung unterzogen, daß in Amerika organisch aus den Ver-  
hältnissen herausgewachsen sei, bei uns aber sehr oft plötzlich auf-  
tritt, obwohl die Vorbedingungen dazu gar nicht gegeben sind.  
Weiter wurde die Frage des Gelddruckes eingehend diskutiert.  
Im Schlußwort, das, ebenso wie der Vortrag, reichlich durch wert-

volles Zahlenmaterial recht anschaulich gestaltet wurde, erging sich  
Genosse Eggert eingehend über die Finanzpolitik der Reichsregie-  
rungen für die künftige gewerkschaftliche Arbeit mit auf dem  
Weg geben.

Anschließend sprach Genosse Dr. Wagner von der Deutschen  
Wohnungsfürsorge, A.-G. (Deleg.) über:

### Die Förderung des Wohnungsbau durch die Demog.

Von allen Vorschlägen, die zur Überwindung der Miet-  
schaffskrise gemacht werden, tritt, so sagte er, einer immer wieder  
in den Vordergrund: wie können wir den Baumarkt  
der Aufstellung eines Bauprogramms. Große Schwierigkeiten  
treten bei der Geldbeschaffung auf. Hiergegen läßt die Industrie  
an, die für sich langfristige und billige Kredite fordert, und die  
solche These vertritt, daß dem Baumarkt zugewandene Kapital  
würde dem allgemeinen Kapital entzogen. Es gehört aber zu dem  
Lebensnotwendigkeiten jedes Volkes, ein bestimmtes Kapital in  
Wohnung, Kleidung und Nahrung anzulegen, und gerade die Tan-  
gabe, daß sich Kriegesende der Staat den Baumarkt nicht allein  
Krisen verschont, die die Industrie durchmachen muß. Rationierung  
ist, daß die Haussteuer aus schließlich dem Wohnungsbau  
zugelassen wird, um der Gefahr und dem großen Fehler vorzu-  
beugen, ausländisches Kapital in Anspruch zu nehmen.

Wehr noch als bisher müssen wir uns für die Gemein-  
wirtschaft einsetzen. Das private Baugeschäft im Deutsch-  
land beschäftigt durchschnittlich 25 bis 26 Bauhandwerker pro Inter-  
nehmer, während die Bauhütten durchschnittlich 90 bis 100 Mann,  
eigene noch weit mehr, beschäftigen. Innerhalb der letzten  
Jahre war es uns möglich, 175 Bauhütten mit über 20000  
Arbeiter aufzugeben. Notwendig ist aber eine  
Rationalisierung, Typisierung und damit Verbilligung des Bau-  
geschäftes. Die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft der Bau-  
schaft), hat sich dieser Aufgabe unterzogen. Es baut nicht allein  
sondern gibt nur Anregungen, tauscht gegenseitige Erfahrungen  
aus und zeigt Wege, wo Begriffs- und Ortsgeheimnisse zu er-  
richten sind. So wird der Bedarf des Konsums gesammelt  
und der Produktion zugeleitet. Dieser Weg führt, wie der Rechner  
an Beispielen bewies, zur Verbilligung, weil so die Produktion  
entsprechender Maschinen für Erdbehebung, Ziegeltransporte  
und einseitige Materialbeschaffung in großen Mengen möglich ist.  
Auch im Bauwesen können wir genau so billig und rationell er-  
arbeiten, wie in der Industrie, Voraussetzung dafür ist, Großaufträge  
auf den Wohnungsbau zu werfen. Diese Aufgabe muß überall  
bestimmlich und deutlich werden. Aus Mangel an Arbeitskräften,  
Erfahrung und technischem Können, verpassen die kleinen Bau-  
genossenschaften, trotz ihren hohen Idealen, nur allzuoft, deshalb ist  
eine Konzentration der Baugenossenschaften unter Führung von  
Mäßen notwendig, die diesen Aufgaben gewachsen sind. Irrelevante  
Angelegenheit der Baugenossenschaften ist die Wohnungsreform, nicht  
aber der Bau.

Die Gewerkschaften haben aus den verschiedensten Gründen  
ein wichtiges Interesse an der Behebung des Baumarktes. Es be-  
steht noch immer die Gefahr einer überloren Industrie. Das  
Privatbaugeschäft ist im Verein mit der Industrie, dem Grund-  
besitz und den Hausbesitzern bestritten, die freie Wirtschaft am  
zu führen. Das würde bedeuten, daß die Mieten auf das fünffache der  
Friedensmieten steigen, also eine unerträgliche Belastung der  
Mieten. Deshalb müssen die Gewerkschaften für die ge-  
bundenen Wohnungsbauunternehmen, die Kapitalzufuhr auf  
öffentlicher Hand in den Wohnungsbau zu beibehalten werden,  
damit nicht nur die Wohnungsnot, sondern auch die ungesunde Er-  
werbslosigkeit behoben wird. Wir müssen dazu kommen,  
Wohnungen nicht nur auf Bestellung, sondern in großen Mengen  
vorzutun zu erstellen, und Staat und Gemeinde haben die  
Aufgabe, auch den Nebenindustrien des Baugeschäftes durch normal-  
isierte Löhne (Heizer, Läger usw.) Beschäftigungsmöglichkeiten  
zu schaffen.

Der Redner schloß mit der Aufforderung, die Bauhütten  
und die eingeleitete Wohnungsfürsorgebestrebungen zu fördern.  
Schritt für Schritt treibt die Gemeinwirtschaft  
vorwärts, wir müssen ihr überall und allerorts  
unser Kraft und Unterstützung geben.

Die ausführliche Diskussion beschloß sich mit den  
Schwierigkeiten, die den Demogestrebungen bei der Konzentration  
der Baugenossenschaftsbewegung in Sachsen entgegenstehen, und ferner  
mit Fragen der Wohnungskultur. Festgestellt wurde ferner, daß  
selbst bei intensiver Steigerung des Baumarktes ein Mangel  
an Bauhandwerkern nicht eintritt wird. Im  
übrigen wurde die vom Rezenten geforderte Unterstützung  
abgelehnt.

### Mitteilungen

Hierbei wurde betont, daß einzelne Unternehmer dazu  
übergehen, ihre Belegschaften zu entlassen, um ihnen dann ge-  
naueren Lohnsätzen wieder Arbeit anzubieten. Alle derartigen  
Fälle, die unter Umständen bei Weigerung den Verlust der Er-  
werbslosenunterstützung nach sich ziehen, sind von den Gewerks-  
chaften sofort unter Vorlegung des Falles und Einwendung des  
Arbeitsvertrags an den Sekretär des Bezirksausschusses, Genossen  
Arndt, Dresden, zu melden, der daraufhin die weiteren Maßnahmen  
einleiten wird. Grundlag muß sein, nur zu dem alten Lohn in der  
alten Betriebe zu gehen.  
Daraufhin schloß Genosse Arndt mit anfeuernden Worten  
zu weiterer gewerkschaftlicher Arbeit die achtstündige Tagung.

## Rundfunk

**Spezialklub des Dresden-Leipziger Senders, Donnerstag, 18. Februar**  
Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung  
10.10-10.15 Uhr: Winkermittelsender des Sächsischen Volkshaus-  
verbandes. 10.15 Uhr: Das die Zeitung bringt. 11.45 Uhr:  
Mittelsender und -vorbereitung der Leipziger Dresden, Leipzig,  
Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Suedfeld-Station.  
12.55 Uhr: Kausaler Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Wör-  
bericht. 4-4.45 und 5-5.30 Uhr: Radio- und Suedfeld-Stationen des  
Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar  
Weber. 1. Sendel: D-Dur-Konzert für Streichorchester. 2. Stud-  
Kassettenspieler (zusammengestellt aus Klavier Opern von Verdi,  
A. Rossini, Janitschi aus „Don Juan“ 4. Beethoven: Aus seiner  
Werken. 5. Schubert: Ouvertüre zu „Rafaelmunde“. 6.30-6.45 Uhr:  
Steuerrundfunk. Uebertragung von der Mitteldeutschen  
Sendestelle Dresden für beide Wellen. 7  
7.30 Uhr: Vortrag. Frau Dr. Gombel von der Ortsgruppe Dres-  
den von der Deutschen Kassenvereinsgesellschaft: Kassen und Volkswirt-  
schaft. 8-8.15 Uhr: Vortrag. Dr. Max Speier, Berlin (Schl.)  
Blauvereine über interessante technische und wirtschaftliche  
wissenschaftliche Kenntnisse. 8.15 Uhr: Die schöne Helena. Auffe-  
rer in drei Akten, nach dem Französischen von Pierre Millaud und  
Julius Goldsch. Deutsch von F. Zell und A. Döpp. Musik von  
Jacques Offenbach. Musikalische Leitung: Theodor Blumner. Gesell-  
schaftliche Leitung: Karl Humau. Orchester: Das berühmte Rundfunkorchester  
orchestrier. Dirigent: Berlin. Söden des Königs Ricomus (Carl  
Schubert, Staatsoper Dresden). Menelaus König von Sparta (Carl  
Schubert). Helena, dessen Gemahlin (Charlotte Schuber. Staats-  
oper Dresden). Agamemnon, König der Könige (Arn. Dreyer)  
Gretchen, dessen Sohn (Eise Myron). Polyades, dessen Freund (Karl  
Klein). Kallias, Großkammer des Jupiter (Karl Humau). Achilleus,  
König von Phylakides (Werner Firlie). Hektor, König von Troja  
(Richard Sommer). Hektor, König von Troja (Alexander  
Philocomus). Diener im Tempel des Apollo (H. Döpp).  
Schloffer (\* \* \*). Pachtis, Delonias Vertraute (\* \* \*).  
Thetis, Parthenis, Spielinnen des Orpheus (\* \* \*). Die zwei  
ersten Akte spielen in Sparta, der dritte in Troja, an den Werten  
des Meeres. Erste Uebersetzung: Des Grafen. Zweite Uebersetzung:  
Traum. Dritte Uebersetzung: Die Entführung. Anschließend  
10.45 Uhr: Presse- und Sportfunkdienst.





# Aus dem Wirtschaftsleben

Am dem Stand unfreier Wirtschaft hat sich in der letzten Woche nicht viel geändert. Von einem Abflauen der Arbeitslosigkeit ist noch nichts bemerkt worden, und auf der andern Seite hält nach wie vor die Flüssigkeit des kurzfristigen Geldes an. Solches Geld ist überhaupt kaum noch unterzubringen. Die Sparkassen schließen Jahr für Jahr bei Zinssätzen bis zu 1 Prozent ab. Vielleicht die wichtigste Frage für die Wirtschaftsentwicklung der nächsten Zeit ist es, die

## Kurzfristigen Geldes in langfristige

umzuwandeln. Dieser Umwandlung steht entgegen das heute noch immer mangelnde Vertrauen im Wirtschaftsleben. Dazu kommt, daß ja das flüssige Kapital von Unternehmungen stammen dürfte, die infolge der Krise nicht die Möglichkeit haben, ihre Mittel im eigenen Betriebe zu verwerten, die aber das Geld auch noch nicht anderweitig festlegen wollen, um es jederzeit zur Verfügung zu haben, wenn sie es für ihren Betrieb brauchen. Man hat sich ja in der Weise geholfen, daß man zu emer Zeit, wo fortgesetzt ausländisches Kapital nach Deutschland heimströmt, kurzfristiges Geld im Verlage von vielen Millionen Mark anlegte. Dieser Umweg über das Ausland ist natürlich recht ungewöhnlich, und es wäre dringend notwendig, daß man die Kapitalien dazu brächte, ihr flüssiges Kapital in Deutschland langfristig anzulegen. Der Geldüberfluß hat auch bereits dazu geführt, daß die Nachfrage nach Pfandbriefen in Deutschland recht reger geworden ist. Die zehnprozentigen Pfandbriefe, von denen etwa 884 Millionen Mark in Deutschland umlaufen, haben plötzlich einer stürmischen Nachfrage gegenüber. Auf dem Weg über den Pfandbrief wird es vielleicht möglich sein, einen größeren Teil des flüssigen Geldes auch für die Industrie nutzbar zu machen. In Sachen besteht bekanntlich ein Institut, das durch die Ausgabe von Pfandbriefen Geld für die Industrie beschaffen will. Es wird auch bereits die Förderung er-

höhen, daß der Reichsbankdiskont weiter herabgesetzt werden soll. Man glaubt, daß die Reichsbank davor zurückbleiben wird, nicht mehr lange werde überleben können, und rechnet für Anfang März mit einer neuen Diskontermäßigung. Aber auch wenn den deutschen Unternehmern reichliches Betriebskapital zur Verfügung gestellt wird, so werden sie damit nichts anfangen können, wenn es ihnen am Absatz fehlt. Im Berliner Tageblatt vertritt Dr. Max Pinner die Anschauung, daß jetzt in der Krisenzeit auch

## die Böhne,

wenn auch nur in bescheidenem Umfang, abgebaut werden müssen, und er sieht in dieser Abschmähung des Lohnniveaus ein Mittel, das zur Milderung der Krise beitragen könnte. Es ist an sich eine nicht ungewöhnliche Erscheinung, daß in Krisenzeiten auch die Löhne herabgehen, aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen wäre unserer Volkswirtschaft mit einem Sinken der Löhne nicht gedient. Unser Lohn stehen so weit unter denen vieler unserer Konkurrenzländer, und es muß den deutschen Unternehmern möglich sein, auch ohne Lohnherabsetzung auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Darauf, daß unser niedriges Lohnniveau den Absatz vieler Industrien so stark einschränkt, ist schon oft genug hingewiesen worden. Viel richtiger als Herr Pinner haben diejenigen erkannt, was unserer Volkswirtschaft nützt, die darauf hinweisen, daß gerade unsere niedrigen Löhne einen guten Teil der Schuld an der Krise tragen. Dieser Standpunkt wird nicht bloß von der Arbeiterschaft vertreten. Dieser Tagung von sieben Verbänden der Bekleidungsindustrie führte der Syndikus Dr. Koppel aus, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gegenwart zum guten Teil auf die Not der Lohn- und Gehaltsempfänger zurückzuführen seien. Es sei ein grundsätzlicher Irrtum namentlich in der Inflationszeit gemein, daß nicht eine höhere Entlohnung der Arbeiter und Lohnempfänger durchgeführt wurde.

Die Bekleidungsindustrie könne nie blühen, wenn sie sich auf billige Löhne stütze.

Es wäre zu wünschen, daß derartige vernünftige Anschauungen auch bei den Unternehmern weiter verbreitet wären, als das jetzt der Fall ist.

Während man jahrelang über das deutsche Dumping klagte, ertönen jetzt überall Klagen über das französische Dumping, und man fordert allenthalben Maßregeln gegen die französische Konkurrenz. England belegt Seide, Spitzen und Automobile mit hohem Zoll, und die Vereinigten Staaten haben Schutzzölle nach Frankreich geschickt, die eine genaue Untersuchung über die Verhältnisse der französischen Industrie anstellen. Das französische Dumping ist natürlich in erster Reihe zurückzuführen auf

## die Inflation in Frankreich,

dazu kommt aber, daß die französische Industrie sich seit dem Kriege stark entwickelt hat. Schon während des Krieges sind wichtige Industrien und Einzelbetriebe in Begleit außerhalb der Kampfzone verlegt worden. Durch den Frieden von Versailles hat Frankreich neue Industriegebiete gewonnen, und seit 1918 sind dann die Werke in dem zerstörten Gebiet wieder aufgebaut worden. Da es sich hier aber um einen völligen Neuaufbau handelt, konnte Frankreich Betriebe ins Leben rufen, die aufs allermodernste ausgestattet sind. Die französische Eisenindustrie hat mit einer Monatsproduktion von 630 000 Tonnen im Jahre 1924 zum erstenmal die britische, die 610 000 Tonnen betrug, überfliegen. Es ist allerdings die Frage, ob Frankreich auf die Dauer in der Lage sein wird, seine stark gesteigerte Produktion abzusetzen, auch dann, wenn sein Export nicht mehr durch die Inflation erleichtert wird.

Gelesene Nummern verwende man zur Agitation

Modehaus Renner / Dresden / Altmarkt  
im alleinigen Besitz von Martin Renner und Familie



# RENNER ESTE enorm billig

- Wachmuffeln**, hell- und mittelfarbig, besonders preiswert ..... im Rest Meter M -30
- Blaudruck**, teilweise mit kleinen Fehlern, kein gestreift und gerüstet ..... im Rest Meter M -58
- Blusenflanell**, Baumwolle, mittelfarbig, fein gestreift für Blusen und Sporthemden ..... im Rest Meter M -72
- Kleidermuffeln**, inbärenfarbig, Neugrammig, aparte Muster ..... im Rest Meter M -98
- Kleidervelour**, dunkelgrammig, für Blusen und Hauskleider ..... im Rest Meter M -75, -48
- Hemdenbarchent**, doppelseitig gewaschene Ware, fein gestreift ..... im Rest Meter M -85, -65
- Satin**, bedruckt, glanzreiche Qualität und aparte Muster, auswähl. .... im Rest Meter M 1.25, -88
- Satin**, einfarbig, schöne glanzreiche, gute Qualität, großes Farbenfortiment ..... im Rest Meter M 1.15, -95
- Frotté**, ca. 60 cm breit, hell- und mittelfarbig, aparte Streifen ..... im Rest Meter M -98, -75
- Schotten**, Köhne Farbstellungen, für Blusen und Kleiderherber ..... im Rest Meter M 1.35, -85
- Blusenstoff**, wechgrammig, aparte Streifen, besonders preiswert ..... im Rest Meter M 1.35, -95
- Kleiderstoff**, ca. 120 cm breit, wechgrammig, mit Kleiderstreifen ..... im Rest Meter M 145
- Popeline**, reine Wolle, moderne Farben, für Blusen und Strapsenkleider ..... im Rest Meter M 2.45, 210
- Schotten**, reine Wolle, circa 95 cm breit, dunkel- und mittelfarbig, in modernen Farben, im Rest Meter M 2.65, 275
- Kleiderstoff**, reine Wolle, circa 130 cm breit, für Kleider und Sportkostüme ..... im Rest Meter M 275
- Covercoat**, reine Wolle, circa 130 cm breit, für Kostüme und Frühjahrsmäntel ..... im Rest Meter M 395

- Serie I:** Kleine Reste, teilweise mit kleinen Fehlern, zum Ausbessern geeignet, in Blaudruck, Beinfatur usw., jeder Rest M -05
- Serie II:** Kleine Reste, teilweise mit kleinen Fehlern, in Foulard, Cretonne, Beinfatur, Blaudruck usw., jeder Rest M -25
- Serie III:** Kleine Reste, teilweise m. kl. Fehlern, für Schürzen usw., Cretonne, Foulard, Satin, Wollmuffeln usw., jeder Rest M -45
- Serie IV:** Kleine Reste, teilweise m. kl. Fehlern, für Garnituren usw., in Foulard, Wollmuffeln, Satin usw., jeder Rest M -65

Unsere Versandabteilung erledigt für auswärtige Wohnende umgehend alle Bestellungen

Auskunft über erleichterte Zahlungs-Bedingungen erteilt unsere Rechnungs-Abteilung / Direkter Zugang An der Kreuzkirche 9, 1

# RENNER

Modehaus · Dresden · A. Altmarkt

**SCHMELZER**  
G.M.B.H.  
DRESDEN-A. ZIEGELSTR. 19

Große Auswahl in Herren-, Damen- und Kinderfahrrädern

Geschäfts-Zwei- und Dreiräder

Sämtliche Fahrradzubehör- und Ersatzteile

Reparaturen schnell und solid

**Harnröhren-Blasenleiden, Ausfluß usw.**

**„Coba“ verstärkt**

Bals. Cop. O.3 erhältlich bei  
A. Bismbel Nocht., Bildhauerer Straße 36  
H. Fretschel, Sülzweg 1, Tel.: Wallstraße 4  
Vorsandhaus Diakoni, Freiburger Platz 8.

**Kontobücher am. Journale**

**M. & R. Zocher, Dresden**  
Annenastraße 9. 1720

Wie wir Ihre Rückgratverkrümmung ohne Herabsetzung besser und evtl. heilen, zeigt unser Buch mit 10 Abbildungen. Zu bezieh. geg. Nachn. von M. von Ten Kuhl, Dresd. -Blasenwils - U. Rosenstr. Nr. 55, Tel. 3033, Sprechstunde von 10-5 Uhr, auß. Sonntags 1470

**Kemnitz, Metzsch, Cossehaude und Umgebung**

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**

Jährliche Verteilungsliteratur und Zeitschriften, Annahme von Inseraten durch Eugen Schmidt, Bismbel, Reichen Straße 14, 8th. 10000

Meine Drucksachen gefallen Dir?  
Von wem sie sind?

Von

**Kaden & Comp.**  
Wettinerpl. 10